

# APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Adventist Press Service  
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

9/2009  
September 2009  
26. Jahrgang

## Aus dem Inhalt:

Deutschland	„Patientenwille in allen Lebenslagen oberstes Gebot“	Seite 1
	„Babyklappe“ in „Waldfriede“ mit erfolgreichem Beratungsangebot	Seite 3
	„Wer zur Wahl geht, nimmt Anteil am politischen Geschehen“	Seite 4
	„Sexueller Gewalt begegnen“	Seite 5
	Kostenlose Gemeindezeitschrift für Adventisten	Seite 6
	Friedensauer Dozent zum Professor für Systematische Theologie berufen	Seite 7
	Rat der EKD wendet sich gegen Diffamierung evangelikaler Christen	Seite 7
	Ökumenischer Predigtpreis zum 10. Mal vergeben	Seite 8
Neuapostolische Gemeinde Gastmitglied in der ACK Halle	Seite 9	
International	US-Rechtsanwalt neuer Beauftragter der Adventisten am Sitz der UNO	Seite 10
	Adventist neuer US-Botschafter in Surinam	Seite 10
	Bewegungen in der Religionsstatistik	Seite 11
	Internationale Zeltstadt für 35.000 adventistische Pfadfinder	Seite 12
	Trotz Wirtschaftskrise spenden Adventisten mehr für Weltmission	Seite 12
ADRA	ADRA Deutschland bittet um Hilfe beim Wiederaufbau in Indonesien	Seite 13
	ADRA Österreich betreut sozial geschädigte Kinder in der Ukraine	Seite 13
ÖRK-Zentral- ausschuss	Norwegischer Lutheraner neuer Generalsekretär des ÖRK	Seite 14
	Künftiger ÖRK-Generalsekretär will sich für verfolgte Christen einsetzen	Seite 15
	Scheidender ÖRK-Generalsekretär widmete sich pastoralen Aufgaben	Seite 16
	ÖRK bekräftigt Recht auf Kriegsdienstverweigerung	Seite 17
	Maßnahmen gegen Finanzkrise helfen nur Banken und Unternehmen	Seite 18
	Zehnte ÖRK-Vollversammlung findet 2013 in Südkorea statt	Seite 19
Buchrezension	Wolfgang Kabus (Hrsg.), „Popularmusik und Kirche“	Seite 20

## Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,  
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland  
Postfach 4260, 73745 Ostfildern  
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit  
Telefon (0711) 4 48 19-14, Telefax (0711) 4 48 19-60,  
E-Mail: [info@apd.info](mailto:info@apd.info)  
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski  
(stellvertretend), Martin Glaser, Erich Lischek, Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: Grindeldruck GmbH, Grindelberg 13-17, 20144 Hamburg  
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 136, CH - 4003 Basel  
Telefon (+41 [0] 61) 261 61 15, Telefax (+41 [0] 61) 261 61 18  
E-Mail: [APD@stanet.ch](mailto:APD@stanet.ch)  
Christian B. Schäffler (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike,  
Silver Spring, Maryland 20904-6600, USA  
Telefon (+1 301) 680 6306, Telefax (+1 301) 680 6312  
E-Mail: [adventistnews@gc.adventist.org](mailto:adventistnews@gc.adventist.org)  
Ray Dabrowski (verantwortlich)

**APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>**

Alle Texte können veröffentlicht werden. Bei Veröffentlichung der Texte bitten wir um Quellenangabe „APD“ und um Belegexemplar.

Konto: Stuttgarter Volksbank Konto Nr. 227 385 004 (BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 15,7 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 201 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.600 Mitglieder in 586 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

---

## Deutschland

### „Patientenwille in allen Lebenslagen oberstes Gebot“

#### Ministerin Brigitte Zypries referiert im adventistischen Krankenhaus „Waldfriede“

Berlin, 07.09.2009/APD Über die Neuregelung der Patientenverfügung informierten Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) und der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Uwe Benneter (Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf) im Krankenhaus „Waldfriede“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Zehlendorf. „Das nach jahrelangem Ringen vom Bundestag im Juni beschlossene und vom Bundesrat gebilligte Gesetz zur Patientenverfügung verschafft dem vorab schriftlich formulierten Willen eines Patienten Geltung“, betonte Benneter. Zustimmung und Ablehnung des Gesetzes, das zum 1. September in Kraft trat, seien durch alle Parteien gegangen, denn die Abgeordneten hätten ohne Fraktionszwang darüber entscheiden können.

„Das Gesetz zur Patientenverfügung bringt endlich Sicherheit und Klarheit für die etwa acht Millionen Menschen, die schon heute eine solche Verfügung haben, und natürlich auch für alle, die sich in Zukunft dafür entscheiden“, hob Zypries hervor. Patienten und deren Angehörigen hätten nun die Gewissheit, dass der Patientenwille in allen Lebenslagen oberstes Gebot sei. „Neu ist die Schriftform und die Patientenverfügung muss eigenhändig unterschrieben werden.“ Frühere schriftliche Verfügungen blieben aber wirksam.

„Der gesetzliche Rahmen steht“, so Zypries. Jetzt müsse jeder für sich entscheiden, ob er eine Patientenverfügung wolle oder nicht. Niemand dürfe eine solche Verfügung verlangen, weder vor einer Operation im Krankenhaus noch bei einer Aufnahme im Pflegeheim. Wer sich aus freien Stücken für eine Patientenverfügung entscheidet, sollte sich Zeit nehmen nachzudenken, in welcher Situation er wie behandelt werden wolle. Je konkreter die Formulierungen, desto besser die Orientierung für alle Beteiligten. „Ich rate auch dazu, vorhandene Patientenverfügungen regelmäßig zu aktualisieren“, empfahl die Bundesjustizministerin. Im Ernstfall gehe es ja darum, ob die Verfügung den aktuellen Willen wiedergebe. „Ist sie Jahrzehnte alt, können Zweifel aufkommen.“ Darum sei es gut, das Papier etwa alle zwei Jahre durchzulesen und mit einer kurzen Notiz klarzustellen, ob und wie es weiter gehen solle.

„Damit die Verfügung, auch wenn es schnell gehen muss, zur Hand ist, sollte man einen Hinweis darauf bei sich tragen, dass es sie gibt und wo sie zu finden ist“, gab Zypries zu bedenken. „Ich empfehle außerdem, eine Vertrauensperson zu bevollmächtigen, die den niedergelegten Willen zu Geltung bringen kann.“ Mit ihr sollte man die Verfügung besprechen, damit klar wäre, was gemeint sei.

„Die Patientenverfügung ist dann notwendig, wenn der Patient sich selbst nicht mehr äußern kann, etwa in Fällen von Wachkoma oder schwerer Demenz“, betonte die Bundesjustizministerin. Das Dokument richte sich daher auch nicht unmittelbar an den Arzt, sondern an den Betreuer des Patienten. „Der ist immer von Gesetzes wegen zu bestellen, wenn der Patient nicht geschäftsfähig ist.“ Der Betreuer, oft ein Angehöriger, müsse zunächst schauen, ob die Verfügung beispielsweise wirklich die Behandlung nach einem Schlaganfall betreffe, den sein Schützling erlitten habe. Wenn ja, müsse er vom Arzt eine bestimmte Behandlung verlangen. Stimmt Betreuer und Arzt überein, könne im Extremfall eine Behandlung abgebrochen werden, selbst wenn das den Tod des Patienten zur Folge habe. Bestünden hingegen Meinungsverschiedenheiten, müsse die Entscheidung vom Betreuungsgericht genehmigt werden.

Weitere Ratschläge, Textbausteine und Formulierungshilfen sind in der vom Bundesministerium der Justiz herausgegebenen Broschüre „Patientenverfügung“ zu finden, die im Internet unter [www.bmj.de/patientenverfuegung](http://www.bmj.de/patientenverfuegung) elektronisch abgerufen oder kostenlos bestellt werden kann.

Zypries wies außerdem auf die Möglichkeit hin, eine Vertrauensperson mit der Durchsetzung der Patientenverfügung oder auch mit anderen Aufgaben zu betrauen. Dazu gebe es die Broschüre „Betreuungsrecht“, die im Internet unter [www.bmj.de/betreuungsrecht](http://www.bmj.de/betreuungsrecht) abgerufen werden könne. Sie informiere über die rechtlichen Rahmenbedingungen des Betreuungsrechts und gebe konkrete Hinweise, wie man für den möglichen Fall der eigenen Betreuungsbedürftigkeit vorsorgen könne. Ausführlich werde dabei auf die sogenannte Vorsorgevollmacht eingegangen.

Der Geschäftsführer des Krankenhauses „Waldfriede“, Bernd Quoß, dankte dem Mitglied der Bundesregierung für die praktischen Informationen und meinte: „Es gibt wohl keinen besseren Ort für solch einen Vortrag als ein Krankenhaus, wo alle Beteiligten zusammen sind.“

Das seit 1920 bestehende Akutkrankenhaus „Waldfriede“ verfügt in Berlin-Zehlendorf über 170 Betten und versorgt mit den Fachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Anästhesie, Radiologie, Gynäkologie und Geburtshilfe jährlich 9.000 Patienten stationär und 12.500 ambulant. Es ist akademisches Lehrkrankenhaus der Charité-Universitätsmedizin und eines von sieben Brustzentren in Berlin. Zur Klinik gehören eine Krankenpflegeschule, eine Sozialstation zur Nachsorge und häuslichen Pflege für entlassene Patienten, Kurzzeitpflegeeinrichtungen sowie ein Gesundheitszentrum zur Förderung der medizinischen Prävention und einer gesunden Lebensführung. Außerdem gibt es dort eine ambulante Physiotherapie und niedergelassene Arztpraxen.

„Waldfriede“ ist Mitglied im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und im Deutschen Evangelischen Krankenhausverband sowie Teil des weltweiten „Adventist Health System“ der Siebenten-Tags-Adventisten. (4.852 Zeichen)

### **„Babyklappe“ in „Waldfriede“ mit erfolgreichem Beratungsangebot**

Berlin, 07.09.2009/APD Mit einer gewissen Skepsis besichtigte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) die „Babyklappe“ des Krankenhauses „Waldfriede“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Zehlendorf. Sie gab zu bedenken, dass unter Experten strittig sei, ob eine derartige Einrichtung einen besseren Lebensschutz überhaupt ermögliche, denn es wäre zweifelhaft, ob Frauen, bei denen die Gefahr bestehe, dass sie ihr neugeborenes Kind töten könnten, durch das Angebot der anonymen Kindsabgabe erreicht würden. Außerdem habe das Kind ein Recht zu erfahren, von wem es abstamme.

Krankenhauseelsorgerin Gabriele Stangl betonte dagegen, dass die „Babyklappe“ in „Waldfriede“ mehr sei, als ein Kasten, in den man unerwünschte Kinder anonym ablegen könne. Die Mutter finde in der „Babywiege“, wie sie in „Waldfriede“ heißt, einen sehr persönlichen Brief vor, in dem Hilfe angeboten und die Pastorin als Ansprechpartnerin genannt werde. Im Vordergrund stehe eine umfassende Beratung von Müttern in Not. In dieses Projekt sei eine ganze Reihe von Personen einbezogen, sodass 95 Prozent der Frauen Vertrauen fassten und nicht anonym blieben.

Die „Babywiege“, ein grasgrüner Kasten, befindet sich uneinsehbar an der Rückseite des Hauses A der Klinik und ist durch einen ausgeschilderten, nicht videoüberwachten Eingang erreichbar. Wenn eine Mutter die Klappe öffnet und ihr Neugeborenes in das Wärmebett legt, lösen Sensoren zeitverzögert einen Alarm im ständig besetzten Pförtnerhaus aus, so dass die Mutter genügend Zeit hat, das Gelände unerkannt zu verlassen. Das Baby wird sofort auf die Säuglingsstation gebracht und medizinisch versorgt. Das vom Krankenhaus informierte Jugendamt übergibt es dann der Obhut einer speziell ausgebildeten Pflegefamilie. Die Mutter darf während der nächsten acht Wochen ihr Kind zurückzunehmen. Geschieht das nicht, wird es zur Adoption freigegeben.

Seit Bestehen der „Babywiege“ im September 2000 seien 130 Kinder dort abgegeben worden, wobei die meisten Frauen anonym im Krankenhaus entbunden hätten, informierte Pastorin Stangl. In diesem Jahr habe es bereits 27 derartige Fälle gegeben. Das Vertrauen zu „Waldfriede“ sei inzwischen so groß, dass kürzlich eine Mutter ihr Kind direkt beim Pförtner abgab, anstatt es in die „Babywiege“ zu legen. Ein Drittel der Frauen behalte schließlich das Neugeborene. Doch auch die meisten anderen Frauen,

die ihr Baby zur Adoption freigäben, wollten, dass es später erfahre, wer ihre Mutter sei. Das Durchschnittsalter jener Frauen liege zwischen 27 und 34. „Alle haben große Angst, dass ihre Schwangerschaft aus den verschiedensten Gründen bekannt werden könnte“, teilte Stangl mit.

Die Justizministerin äußerte nach anfänglicher Skepsis anerkennend, dass es sich bei der Waldfrieder „Babywiege“ nicht um eine „normale Babyklappe“ handle, bei der das Kind lediglich abgegeben werde, sondern hier scheine es sich um ein erfolgreiches Beratungskonzept zu handeln. Anschließend hielt Brigitte Zypries im großen Saal des Krankenhauses einen Vortrag über die gesetzliche Regelung zur Patientenverfügung. Im Juni referierte dort bereits Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) über die Gesundheitsreform.

Die „Babywiege“ war die erste derartige Einrichtung an einem Krankenhaus in Deutschland. Das seit 1920 bestehende Akutkrankenhaus „Waldfriede“ verfügt über 170 Betten und versorgt mit den Fachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Anästhesie, Radiologie, Gynäkologie und Geburtshilfe jährlich 9.000 Patienten stationär und 12.500 ambulant. Im letzten Jahr kamen dort 926 Babys zur Welt. (3.148 Zeichen)

### **„Wer zur Wahl geht, nimmt Anteil am politischen Geschehen“**

#### **Adventistischer Freikirchenleiter ruft zur Bundestagswahl auf**

Lüneburg, 07.09.2009/APD Der Vorsitzende der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland und Präsident des Süddeutschen Verbandes der Freikirche, Pastor Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), appelliert an die Adventisten zur Bundestagswahl zu gehen. In dem Artikel „Soll ich wählen gehen?“ in der Gemeindezeitschrift „Adventecho“ schreibt Machel: „Wir können und dürfen uns politisch äußern. Die Bibel untersagt es uns nicht. Wer in unserem Land wählen geht, zeigt seine Anteilnahme am politischen Geschehen. Jeder kann seine Zufriedenheit oder Unzufriedenheit auf legale Weise ausdrücken.“

Christen lebten nicht in einem luftleeren Raum, sondern seien Bürger eines Landes und somit Bewohner dieser Welt, betonte Machel. „Politische Ordnung ist von Gott gewollt. Dabei wissen wir auch aus der Bibel, dass eine völlige Heilung der gesellschaftlichen Strukturen erst mit der Wiederkunft Jesu möglich sein wird.“ Das bedeute jedoch nicht, sich aus jeglicher gesellschaftlichen Verantwortung herauszuhalten. Wer sich für die Schöpfung Gottes einsetze, achte damit auch auf das sogenannte Gemeinwohl. Der Einzelne könne einiges für ein gutes Miteinander in der Gesellschaft bewirken. Der Vielfalt dürften hier keine Grenzen gesetzt werden.

„Weil hierzulande eine Vielzahl sozialer und politischer Möglichkeiten gegeben ist, die im Lichte der Bibel vertretbar sind, sehe ich als Verantwortlicher unserer Freikirche auch keine Notwendigkeit für Wahlempfehlungen“, hob Machel hervor. Hier sollte die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen unbeeinflusst bleiben. Es gebe allerdings auch Situationen, in denen eine Kirche eine prophetische Funktion in der Gesellschaft übernehmen müsse, etwa wenn hohe moralische Werte auf dem Spiel stünden. Dann könne es sein, dass sich die Freikirche öffentlich zu Wort melden sollte. „Als Siebenten-Tags-Adventisten haben wir das in der Vergangenheit zu einigen Fragen getan, aber ich zweifle, ob wir diese Verantwortung bisher in ausreichender Weise wahrgenommen haben“, gab Machel zu bedenken.

Die September-Ausgabe des „Adventecho“ mit dem Schwerpunkt „Adventisten und Politik“ enthält zum Thema außerdem die Artikel „Christ – Macht – Politik. Von der Herausforderung, Bürger zweier Reiche zu sein“, „Werte gegen Freiheit?“, „Kommunalpolitiker und Adventist – geht das? Erfahrungen aus der Praxis“ sowie „Christen in allen Fraktionen. Als Adventist im Bundestag“.

(2.177 Zeichen)

### **„Sexueller Gewalt begegnen“**

#### **Adventisten in Deutschland geben Arbeitshilfe heraus**

Lüneburg, 07.09.2009/APD Mit der Handreichung „Sexueller Gewalt begegnen“ informiert die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland alle 23.000 Haushalte ihrer Mitglieder über dieses sensible Thema. Denn, wie es in der Einführung von Pastor Martin Knoll (Hannover), Leiter der Adventjugend in Norddeutschland, heißt, „auch innerhalb unserer Gemeinschaft leben Menschen, die als Täter schuldig geworden sind, und Menschen, die Opfer geworden sind“. Immer mehr Betroffene würden vom eigenen Erleben berichten, so Knoll, beispielsweise anlässlich der vom Religionspädagogischen Institut der Freikirche durchgeführten Sonderseminare zum Thema Missbrauch.

Die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen habe durch den freien Zugang zu Medien zugenommen, in denen Gewalt verherrlicht werde, sowie in Folge der Auflösung von Familienstrukturen. Daher seien die adventistischen Gemeinden aufgerufen, geschützte Räume zu bieten, in denen die Sexualität als Gabe und Aufgabe Gottes gelehrt und gelebt werde.

Neben Begriffserklärungen und Beschreibungen der Formen und Folgen sexueller Gewalt sowie der Vorgehensweise von Tätern stellt das 16-seitige DIN A4-Heft mögliche Szenen sexueller Gewalt dar und kommentiert sie. Abschließend werden die

juristischen Aspekte behandelt und Hinweise zum Verhalten in Gemeinden und Gruppen gegeben, durch hilfreiche Adressen, Links und Literaturhinweise, ergänzt.

Das Heft wurde an alle Adventgemeinden in Deutschland als Beilage zum Anzeigen- und Informationsblatt des adventistischen Saatkorn-Verlags, Lüneburg, „inform“ (September-Ausgabe) ausgeliefert. Um diese Thematik zu verarbeiten, hat die Freikirche bereits vor einigen Jahren einen Arbeitskreis unter der Leitung von Dr. Andreas Bochmann, Dozent an der Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, einberufen und die Internetseite [www.projekt-sexuelle-gewalt.de](http://www.projekt-sexuelle-gewalt.de) eingerichtet.

(1.716 Zeichen)

### **Kostenlose Gemeindezeitschrift für Adventisten**

Lüneburg, 07.09.2009/APD Ab Januar 2010 bekommt jeder adventistische Haushalt in Deutschland die neue Gemeindezeitschrift der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten kostenfrei. Das neue Heft soll mit einem Umfang von 24 Seiten das derzeitige „AdventEcho“ (44 Seiten) ablösen und zwölfmal im Jahr erscheinen. An einer neuen Aufmachung würde zurzeit gearbeitet.

Wie Chefredakteur Elí Diez-Prida (Lüneburg) mitteilte, werde damit der seit Jahren geäußerte Wunsch nach einer kostenlosen Mitgliederzeitschrift erfüllt. In der Fokussierung auf geistliche und missionarische Themen aufgrund des verringerten Umfangs sieht er eine Chance, „das in den Vordergrund zu stellen, worum es uns letztlich als Siebenten-Tags-Adventisten geht: Jesus Christus, sein Leben, sein Dienst, sein Auftrag und sein zweites Kommen als Antwort auf die existenziellen Fragen des Menschen und als einzige Hoffnung der Welt“.

Neben den geistlich-missionarischen Themen werde sich in Zukunft die Berichterstattung auf überregionale Veranstaltungen und Ereignisse konzentrieren. Der Freikirchenleitung stünden zur Vermittlung ihrer Anliegen in Zukunft acht Seiten je Ausgabe zur Verfügung. Gespräche über eine Ausweitung der für Gemeindemitglieder kostenfreien Verbreitung auf Österreich und die Schweiz liefen zurzeit. Außerdem fänden Gespräche mit den Herausgebern der Zeitschrift „Adventist World“ statt, die von der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) der Siebenten-Tags-Adventisten in mehreren Sprachen herausgegeben wird. Deren Plan, die deutschsprachige Ausgabe, die seit Juli 2009 online erscheint, ebenfalls in gedruckter Form jedem adventistischen Haushalt im deutschsprachigen Raum zukommen zu lassen, würde, so Diez-Prida, durch eine Integration in die neue Gemeindezeitschrift erheblich erleichtert.

Um einen Teil der Kosten zu finanzieren, die bis auf die acht Seiten der Freikirche vom Saatkorn-Verlag in Lüneburg getragen würden, werde der Anzeigenteil „inform“ ab



Januar in die Heftmitte der neuen Gemeindezeitschrift übernommen. Die bisher im „AdventEcho“ veröffentlichten Berichte aus den Gemeinden und die Personalien könnten die Mitteilungsblätter der regionalen Freikirchenleitungen (Vereinigungen) in Deutschland übernehmen, wie es schon jetzt teilweise geschehe, empfahl Diez-Prida.

(2.032 Zeichen)

### **Friedensauer Dozent zum Professor für Systematische Theologie berufen**

Friedensau bei Magdeburg, 07.09.2009/APD Dr. Rolf J. Pöhler (Jahrgang 1949) hat vom Kultusministerium Sachsen-Anhalt die Professur für Systematische Theologie erhalten. Er lehrt an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg. Pöhler ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Nach dem Abitur studierte er in Darmstadt und Michigan (USA) Theologie. Vierzehn Jahre lang war er als Pastor und Abteilungsleiter der Freikirche tätig, bevor er 1992 nach Friedensau berufen wurde. 1995 promovierte er an der Andrews-Universität mit einer umfangreichen Arbeit über Veränderungen in der adventistischen Theologie, die in zwei Bänden veröffentlicht wurde. Von 2002 bis 2004 war er Präsident des Norddeutschen Verbandes der Siebenten-Tags-Adventisten in Hannover. Rolf J. Pöhler lehrt neben Friedensau an mehreren theologischen Seminaren der Freikirche in Europa.

(857 Zeichen)

### **684 Schülerinnen und Schüler auf der Marienhöhe**

Darmstadt, 07.09.2009/APD Das adventistische Schulzentrum Marienhöhe, Darmstadt, hat im neuen Schuljahr 684 Schülerinnen und Schüler, 13 weniger als im Vorjahr. Davon besuchen 506 das Gymnasium und 178 die Realschule. 63 wohnen im haus-eigenen Internat. Nur 19 Prozent der Schüler stammen aus einem adventistischen Elternhaus. Von den 65 Lehrkräften sind 35 Siebenten-Tags-Adventisten. Das 1924 gegründete Schulzentrum der Siebenten-Tags-Adventisten besitzt seit 1950 ein staatlich anerkanntes Gymnasium. 1994 kam die Realschule hinzu.

(508 Zeichen)

### **Rat der EKD wendet sich gegen Diffamierung evangelikaler Christen**

Hannover, 07.09.2009/APD Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat in Hannover eine „Erklärung zur Diffamierung evangelikaler Christen“ beschlossen. Darin kritisiert er, dass mehrfach Veranstaltungen, Aktivitäten und Positionen von evangelischen Christen, die der evangelikalen Strömung zugehörten oder zugerechnet würden, mit pauschaler Kritik überzogen und in den Medien verzerrt dargestellt worden seien. Der Rat nehme diese Mitchristen gegen Verunglimpfungen in Schutz. „Viele von ihnen gehören mit ihrer tiefen persönlichen Frömmigkeit, ihrem nachhaltigen Eintreten für eine missionarische Kirche und ihrem diakonischen Engagement zum Kern unserer evangelischen Gemeinden“, heißt es in der Erklärung.

Als besonders markantes Beispiel für eine mediale Berichterstattung, die notwendige Unterscheidungen vermissen ließ und sich fragwürdiger journalistischer Mittel bedient habe, wird der Beitrag „Sterben für Jesus – Missionieren als Abenteuer“ genannt, der am 4. August 2009 im Magazin „Frontal 21“ des ZDF ausgestrahlt wurde. Das Grundübel dieses Beitrages sei, so der EKD-Rat, der undifferenzierte Umgang mit der Kategorie Fundamentalismus. Die verantwortlichen Journalisten könnten sich unter einem „Märtyrer“ offenbar nur den islamistischen Selbstmordattentäter vorstellen. Sie scheinen keinerlei Kenntnis von der christlichen Märtyrervorstellung zu haben, nach der ein Märtyrer Gewalt erleide, aber nicht anderen Gewalt zufüge. Sie verstiegen sich deshalb zu der ungeheuerlichen Feststellung: „Für Gott als Märtyrer zu sterben hat eine lange, unheilige Tradition. Auf dem Missionarsfriedhof in Korntal liegen jene, die den Evangelikalen noch heute als Vorbild dienen.“ Der negative Höhepunkt des Beitrages sei die darauf folgende Abmoderation gewesen: „Bereit sein, für Gott zu sterben. Das klingt vertraut – bei islamischen Fundamentalisten. Doch auch für radikale Christen scheint das zu gelten.“

Der Rat der EKD schließt seine Erklärung mit der Feststellung: „Eine solche Art von Journalismus wird den Anforderungen an eine solide Recherche nicht gerecht.“ Das ZDF habe den Anspruch, Qualitätsfernsehen zu sein. Der Beitrag in „Frontal 21“ vom 4. August 2009 hätte diesem Anspruch in keiner Weise genügt. „Kein Korntaler Missionar und keiner der jungen Leute, die in der Sendung befragt wurden, ist auch nur in die Nähe des Gedankens gekommen, unschuldige Menschen mittels eines Selbstmordattentats mit in den Tod zu reißen.“

(2.177 Zeichen)

### **Ökumenischer Predigtpreis zum 10. Mal vergeben**

Bonn, 07.09.2009/APD Der zum 10. Mal vergebene ökumenische Predigtpreis des Bonner Verlags für die Deutsche Wirtschaft geht 2009 in der Kategorie „Beste Predigt“ an Kathrin Oxen. Die Pastorin der evangelisch-reformierten Gemeinde Bützow in Mecklenburg wird für eine Predigt über das älteste Lied der Bibel, das sogenannte Mirjam-Lied (2. Mose 15,20f.) ausgezeichnet.

Den Sonderpreis in der Kategorie „Beste Predigt im Fernsehen, Rundfunk und Internet“ erhalten Pfarrer i. R. Dr. Wolfgang Herrmann (Geilnau an der Lahn) und Pfarrer Fritz Penserot (Schloss Burg an der Mosel), Senderbeauftragter für den Privatfunk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Herrmann befasste sich Pfingsten 2008 in einer evangelischen Morgenfeier im Hessischen Rundfunk mit Joseph Haydn. Penserot interpretierte in einer Kurzandacht für Radio Rheinland-Pfalz (RPR1) die „Vaterunser“-Bitte „Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit“.

Für sein Lebenswerk wird der lutherische Theologe und Landesbischof im Ruhestand Horst Hirschler (Rehburg-Loccum bei Hannover) geehrt. Der 1933 geborene Theologe studierte nach einer Lehre als Starkstrom-Elektriker evangelische Theologie. Er war unter anderem Direktor des Predigerseminars Kloster Loccum, Landessuperintendent in Göttingen sowie Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover. Er gehörte dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) an, war Vizepräsident des Lutherischen Weltbundes (LWB) sowie Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD). Hirschler zählt zu den profiliertesten Predigern der evangelischen Kirche, der mit seinen homiletischen Fachpublikationen „Konkret predigen“ und „Biblisch predigen“ auch Kirchen übergreifend hohe Anerkennung genießt.

Die Preisverleihung findet am Buss- und Betttag, Mittwoch, 18. November 2009, in der Bonner Schlosskirche (Universitätskirche) statt. Die nicht dotierte Auszeichnung besteht aus einer Bronzeplakette und einer Bibel.

Mit dem 2000 erstmals vergebenen Predigtpreis will der deutsche Wirtschaftsverlag die Redekunst in den christlichen Kirchen fördern. Ausgezeichnet wurden bislang unter anderem der Kabarettist Hanns Dieter Hüsch (Köln), der Erfurter katholische Bischof Dr. Joachim Wanke, der Rhetorik-Professor Walter Jens (Tübingen), Schwester Isa Vermehren RSCJ (Bonn), der Theologe Dr. Jörg Zink (Stuttgart), der Schweizer Pfarrer Kurt Marti, der Professor für Systematische Theologie Dr. Eberhard Jüngel (Tübingen), der Pastoraltheologe und Homiletiker Prof. Dr. Rolf Zerfass, der Waldenser Prof. Dr. Paolo Ricca (Rom), die hannoversche Landesbischofin Margot Kässmann, der katholische Religionspädagoge Dr. Thomas Meurer (Münster), der mennonitische Pfarrer Dr. Fernando Enns (Hamburg), Pfarrer i. R. Hans Uwe Hüllweg (Münster), Pfarrerin Sylvia Bukowski (Wuppertal), der Dominikaner-Frater Manuel Merten (Walberberg), der methodistische Theologe Michael Putzke (Kassel) und die katholische Diplom-Theologin Vera Krause (Aachen).

Die zwölfköpfige, ökumenisch besetzte Jury umfasst Theologinnen und Theologen sowie Publizisten. Sie steht unter dem Vorsitz von Oberkirchenrat Udo Hahn (Hannover), Medien- und Publizistik-Referent der EKD. (2.849 Zeichen)

### **Neuapostolische Gemeinde Gastmitglied in der ACK Halle**

Halle/Saale, 07.09.2009/APD Die neuapostolische Ortsgemeinde in Halle/Saale wurde als Gastmitglied in die örtliche Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) aufgenommen. Gastmitglieder haben bei den jährlich vier bis sechs Sitzungen der lokalen ACK, die im Januar 2008 gegründet wurde, Rede- aber kein Stimmrecht.

Mitglieder der ACK Halle sind die Alt-katholische Kirche, Evangelisch-methodistische Kirche, Evangelische-Kirchliche Gemeinschaft, Evangeliumsgemeinde, Freie evangelische Gemeinde, Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Landeskirchliche Gemeinschaft, römisch-katholische Kirche, Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche und Freie evangelisch-mennonitische Gemeinde Soli Deo.

Am 22. August 2009 beteiligte sich die neuapostolische Gemeinde zum zweiten Mal an der Halleschen „Nacht der Kirchen“. Zum Thema „Ora et labora – Bete und arbeite“ bot sie Referate zum Vaterunser und kurz vor Mitternacht einen Orgelvortrag mit Improvisation zu Gebetschorälen an. In Deutschland ist die Neuapostolische Kirche, außer in Halle, Gastmitglied in den örtlichen ACKs in Aschaffenburg, Hameln, Marburg und Memmingen vertreten sowie in der Schweiz auf Kantonebene in Bern und in der Stadt Frutigen bei Bern.

(1.116 Zeichen)

## International

### **US-Rechtsanwalt neuer Beauftragter der Adventisten am Sitz der UNO**

Silver Spring, Maryland/USA, 07.09.2009/APD James D. Standish (45) ist neuer Beauftragter der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) der Siebenten-Tags-Adventisten am Sitz der Vereinten Nationen in New York. Er folgt Jonathan Gallagher nach, der acht Jahre lang diese Aufgabe wahrnahm. Standish war von 2001 bis 2008 bereits Beauftragter der Adventisten am Sitz der amerikanischen Regierung in Washington. Danach arbeitete er als leitender Direktor der „U.S. Commission on International Religious Freedom“ (U.S. Kommission für internationale Religionsfreiheit), eine halbstaatliche Organisation, die 1998 vom amerikanischen Kongress ins Leben gerufen wurde. Als Beauftragter bei der UNO gehört Standish der Abteilung für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der adventistischen Weltkirchenleitung in Silver Spring, Maryland/USA, an.

Rechtsanwalt Standish erwarb den Bachelor in Betriebswirtschaft vom adventistischen Newbold College in England, den Master in Betriebswirtschaft (M.B.A) von der University of Virginia und den Doktorgrad cum laude der Rechtswissenschaft (J.D.) von der Georgetown University in Washington D.C.

(1.052 Zeichen)

### **Adventist neuer US-Botschafter in Surinam**

Washington, D. C./USA, 07.09.2009/APD John R. Nay ist neuer US-Botschafter in der Republik Surinam, einer früheren niederländischen Kolonie im Nordosten Südamerikas. Der Siebenten-Tags-Adventist studierte an der Andrews Universität der Freikirche

in Berrien Springs, Michigan/USA, Geschichte und schloss mit einem Bachelor- und Mastergrad ab. Seit 2006 war er als Generalkonsul der Vereinigten Staaten in Toronto/Kanada tätig. Nay trat 1977 in den diplomatischen Dienst ein, arbeitete in verschiedenen Abteilungen des US-Außenministeriums, an den Botschaften in Singapur, Taiwan, Südafrika und Indien sowie am Generalkonsulat in Calgary/Kanada. Der neue Botschafter ist mit Judith Ashdon Nay verheiratet und hat drei Kinder.

Von den 455.000 Einwohnern Surinams sind 48 Prozent Christen, 27 Prozent Hindus und 20 Prozent Muslime. Siebenten-Tags-Adventisten sind dort seit 1945 vertreten und zählen heute über 3.600 erwachsen getaufte Mitglieder in 17 Gemeinden.

(869 Zeichen)

### **Bewegungen in der Religionsstatistik**

#### **Mehr Muslime als Katholiken, mehr Adventisten als Juden**

Rom/Basel, 07.09.2009/APD Die Zahl der Muslime ist nach Angaben des Vatikans höher als die der Katholiken. Ende 2008 gab es weltweit 1,280 Milliarden Muslime und 1,165 Milliarden Katholiken. Das berichtete der Leiter des Zentralbüros für Statistik der römisch-katholischen Kirche, Vittorio Fomenti, der italienischen Tageszeitung „Il Tempo“. Er stützte sich auf die aktuellsten vatikanischen Erhebungen von Ende 2008. Die Zahl der Christen weltweit beziffert „Il Tempo“ auf 2,145 Milliarden. Bei den Muslimen unterscheidet das Blatt nicht zwischen Sunniten, Schiiten oder anderen Glaubensrichtungen. Fomenti wies zugleich darauf hin, dass die Zahl der Muslime nur ein Näherungswert sei. Dieser werde mithilfe der Geburtenrate in islamischen Ländern geschätzt. Man gehe davon aus, dass jemand, der in einem islamischen Land geboren werde, Muslim sei.

Fomenti leitet das Statistikbüro des Vatikans mit sechs Mitarbeitern. Seine Behörde ist in der Sektion 1 für Allgemeine Angelegenheiten im vatikanischen Staatssekretariat untergebracht. Die Sektion erstellt jedes Jahr das „Annuario Pontificio“ (Päpstliches Jahrbuch) mit sämtlichen statistischen Daten der Weltkirche, ihrem Personal und ihren Strukturen sowie der vatikanischen Kurie.

Wie die Nachrichtenagentur APD (Basel) meldet, gibt es auch erstmals weltweit mehr Siebenten-Tags-Adventisten als Juden. Die im 19. Jahrhundert aus der nordamerikanischen Erweckungsbewegung hervorgegangene evangelische Freikirche und die Juden feiern gemeinsam den Sabbat (Samstag) als biblischen Ruhetag. Ende 2008 gab es weltweit 16 Millionen erwachsen getaufte Adventisten und 13,3 Millionen Juden. Berücksichtigt man bei den Adventisten die Zahl der noch nicht getauften Kinder und Jugendlichen, so besuchen weit über 25 Millionen Gläubige die adventistischen Gottesdienste.

Nach Angaben der Jewish Agency leben 5,55 Millionen Juden in Israel und 7,76 Millionen in der Diaspora. Zu den Ländern mit dem größten Anteil an Juden zählen die USA (5,3 Millionen), Frankreich (490.000), Kanada (375.000), Großbritannien (295.000), Russland (215.000), Argentinien (183.000), Deutschland (120.000), Australien (107.000) und Brasilien (96.000).

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist derzeit in 207 Ländern der Erde vertreten. In den USA, wo die Freikirche 1863 entstand, leben mit rund einer Million Mitgliedern nur noch 6,25 Prozent der weltweiten Adventisten. Etwa gleich viel Adventisten mit je 5,5 Millionen gibt es in Lateinamerika und Afrika, gefolgt von Asien (3 Millionen), Nordamerika (1,1 Million), Australien/Ozeanien (500.000) und Europa (400.000).

(2.336 Zeichen)

### **Internationale Zeltstadt für 35.000 adventistische Pfadfinder**

Oshkosh, Wisconsin/USA, 07.09.2009/APD Am fünftägigen internationalen Zeltlager der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten Mitte August in Oshkosh, Wisconsin/USA, nahmen 35.000 Pfadfinderinnen und Pfadfinder aus aller Welt teil. Die Zeltstadt wurde auf dem Wittman Regional Airport, rund 150 Kilometer nördlich von Milwaukee, aufgebaut. Sie war so groß, dass mancher Teilnehmer über 1,5 Kilometer laufen musste, um von seinem Zelt bis zu bestimmten Veranstaltungsplätzen zu gelangen. Neben der Gelegenheit zur Gemeinschaft mit Gleichaltrigen aus vielen Ländern und der Vermittlung biblischer Werte standen Freizeitbeschäftigungen, wie Kletterwände, Segeln oder Heißluftballon fahren, auf dem Programm. Für andere Aktivitäten, wie Schlittschuhlaufen, Hallenfußball und Schwimmen, mieteten die Organisatoren die Einrichtungen des überkonfessionellen Christlichen Vereins Junger Menschen (CVJM) vor Ort. Weltweit gibt es über 43.000 adventistische Pfadfindergruppen mit mehr als 1,6 Millionen Kindern und Jugendlichen.

(947 Zeichen)

### **Trotz Wirtschaftskrise spenden Adventisten mehr für Weltmission**

Silver Spring, Maryland/USA, 07.09.2009/APD Trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise konnte die Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten im ersten Halbjahr 2009 eine 13-prozentige Steigerung der Spenden für ihre globale Mission im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres verzeichnen. „Das ist eine ermutigende Nachricht“, sagte Pastor Gary D. Krause (Silver Spring, Maryland/USA), Missionsdirektor der Generalkonferenz. Der Trend zeige, dass Menschen, die sich mit einer Sache identifizierten, bereit seien, „tiefer in die Tasche zu greifen und größere Opfer zu bringen“.

(584 Zeichen)

## **ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe**

### **ADRA Deutschland bittet um Hilfe beim Wiederaufbau in Indonesien**

Weiterstadt bei Darmstadt, 07.09.2009/APD Ein starkes Erdbeben hat am 2. September den Westen der indonesischen Insel Java erschüttert und mindestens 63 Tote sowie hunderte Verletzte gefordert. Etwa 100.000 Menschen sind in den am stärksten betroffenen Regionen Tasikmalaya und Garut obdachlos geworden. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland hat gemeinsam mit den Partnern der Aktion „Deutschland Hilft“ begonnen, Hilfsmaßnahmen für die Opfer des Erdbebens in Indonesien einzuleiten. Spenden können unter dem Stichwort „Erdbeben Indonesien“ auf das ADRA-Konto 2000 702 09 bei der Dresdner Bank Darmstadt (BLZ 508 800 50) überwiesen werden. (639 Zeichen)

### **ADRA Österreich betreut sozial geschädigte Kinder in der Ukraine**

Kiew/Ukraine, 07.09.2009/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Österreich bietet seit zwei Jahren ein Sozialprojekt für Kinder in der Ukraine an. In einem Kiewer Tageszentrum werden Sozialwaisen und Familien betreut. Dort können Kinder basteln, spielen, Computerkurse besuchen und erhalten medizinische Betreuung. Für 50 Familien hat ADRA eine Art Patenschaft übernommen und trägt mit Lebensmitteln, Kleidung und Sozialberatung zur Linderung der Armutfolgen bei.

So kümmert sich ADRA in einem Heim für Sozialwaisen auch um Kathja (15). Acht Jahre ihres Lebens hat sie auf der Straße verbracht. Sie ist aus einer „Wohngemeinschaft“ in einem Kellerlokal ausgezogen, weil sie ein Kind bekommen hat. Jetzt kann sie, selbst noch fast ein Kind, ihr eigenes Baby aufziehen. Das Hilfswerk muss dabei Kathja mit Rat und Tat zur Seite stehen, weil sich ihre Eltern nicht um sie kümmern.

Bereits im Jahre 2007 wurde das erste Haus in Smila, rund 200 km südlich von Kiew, für zwei Familien mit insgesamt 20 Pflegekindern eröffnet. Die familiäre Atmosphäre hilft den oft in zerrütteten, armen Familien aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen, wieder sozial eingegliedert zu werden. Die Stadtverwaltung begrüßt die ADRA-Tätigkeit und hofft auf eine Projekterweiterung, um weiteren jungen Menschen eine Chance für die Zukunft bieten zu können.

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Österreich hilft Menschen, unabhängig von ihrer politischen und religiösen Anschauung, ethnischen Herkunft oder ihrem Geschlecht. Die Tätigkeit von ADRA ist ganzheitlich ausgerichtet und von christlichen Werten bestimmt.

ADRA Österreich gehört zum weltweit arbeitenden Netzwerk von über 120 ADRA-Länder- und elf Regionalbüros, die in einem lockeren Verband als ADRA International (Silver Spring, Maryland/USA) zusammengefasst sind. ADRA International wurde von den Vereinten Nationen der „General Consultative Status“ beim Rat der UNO für wirtschaftliche und soziale Fragen (ECOSOC) verliehen. Das ADRA-Netzwerk arbeitet in den Einsatzgebieten eng mit anderen Hilfswerken (NGO's) und UN-Organisationen zusammen, speziell mit dem Welternährungsprogramm (WFP), dem Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) und dem Kinderhilfswerk (UNICEF). (1.993 Zeichen)

## **ÖRK-Zentralausschuss**

**vom 26. August bis 2. September in Genf**

### **Norwegischer Lutheraner neuer Generalsekretär des ÖRK**

Genf/Schweiz, 07.09.2009/APD Zum neuen Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) wurde der lutherische Pfarrer Dr. Olav Fyske Tveit (48) in Genf gewählt. Tveit ist damit der jüngste Generalsekretär seit Willem A. Visser 't Hooft, der während der Aufbaujahre und bei der Gründungsvollversammlung vor 61 Jahren an der Spitze des ÖRK stand.

In nichtöffentlicher Sitzung des ÖRK-Zentralausschusses erhielt Tveit eine große Mehrheit der 150 Delegiertenstimmen. Er war einer von zwei Kandidaten für die Wahl zum höchsten Amt des ÖRK. Ein weiterer Kandidat war der presbyterianische Theologe, Pfarrer Dr. Park Seong-won, Südkorea. Tveit tritt im Januar 2010 die Nachfolge des aus Kenia stammenden methodistischen Pfarrers Dr. Samuel Kobia an, der Ende 2009 nach sechsjähriger Amtszeit auf eigenen Wunsch aus dem Amt scheidet.

Der neue ÖRK-Generalsekretär ist seit 2002 Generalsekretär des Rates der (lutherischen) Norwegischen Kirche für ökumenische und internationale Beziehungen, Mitglied der ÖRK-Plenarkommission für Glauben und Kirchenverfassung sowie Mitglied des Vorstandes und Exekutivausschusses des Christlichen Rates Norwegens. Er verfügt über langjährige Erfahrungen in der ökumenischen Bewegung. Tveit erwarb 1986 den Master in Theologie und promovierte 2002 an der Norwegischen Schule für Theologie.

Tveit nannte vier Themenbereiche für die künftige Arbeit des ÖRK: Weltweite Solidarität unter Christen, Beziehungen zwischen den Religionen, Erweiterung des ökumenischen Horizonts und Fragen der Gerechtigkeit. Viele Christen lebten gegenwärtig als Minderheiten oder in einer sehr bedrückenden Situation. Nötig sei an dieser Stelle eine weltweit verstärkte gegenseitige Solidarität und Unterstützung von Christen. „Wir können unsere Stimme erheben, aber auch für andere sprechen. So dürfen wir mithelfen, dass die Stimme von Christen in Not verstärkt und gehört wird.“

Im Blick auf die anderen Weltreligionen sind nach Tveits Einschätzung zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Beziehungen zum Islam besonders wichtig. Hinsichtlich der welt-



weiten christlichen Ökumene hob der neue Generalsekretär hervor, dass der Ruf zur Einheit keineswegs auf die Mitgliedskirchen des ÖRK allein beschränkt sei. Dabei müsse die Zusammenarbeit der Kirchen für ein gemeinsames christliches Zeugnis ebenso wichtig wie die Diskussion von Themen „wo wir uns gegenseitig herausfordern können“ sein.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind nach Tveits Ansicht inzwischen vielen Menschen bekannt. Doch es sei ein großer Unterschied, die Stimmen derer zu hören, die heute bereits die Auswirkungen des Klimawandels erlebten. Hier böten Kirchen einen „einzigartigen Mehrwert“, indem sie Räume schafften, in denen die bedrückende Realität des Klimawandels ausgesprochen werden könne. Es stehe für ihn außer Frage, dass es „die Pflicht jedes Christen sei, seinem Nächsten zu helfen“.

Im Blick auf sein neues Amt, das er in voraussichtlich vier Monaten antreten werde, bekannte der designierte Generalsekretär: „Es ist eine große Herausforderung, aber es ist keine unmögliche Aufgabe.“

Für den Auslandsbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Martin Schindehütte, ist der Ausgang der Wahl ein „ganz wichtiger Neubeginn der Arbeit des ÖRK“. Er sei sehr froh darüber, dass sie in einer „guten, konstruktiven Atmosphäre“ abgelaufen sei. Er werte dies als Ausdruck eines „neu gewachsenen Vertrauens“ im Zentrallausschuss. Er rechne damit, dass Tveit auch die „inneren Entwicklungen, die der ÖRK vollziehen muss“ voranbringen werde.

„Die Stimmung nach der Wahl ist geprägt von Hoffnung“, erklärte Dr. Emilio Castro, der von 1985 bis 1992 ÖRK-Generalsekretär war. „Ich bin sicher, dass es bei diesem Prozess weder Sieger noch Besiegte gibt, sondern dass die ökumenische Bewegung gestärkt hervorgegangen ist. Ich bin überzeugt, dass die besten Jahre des ÖRK noch vor uns liegen.“

Dem Ökumenischen Rat der Kirchen gehören 349 protestantische, orthodoxe, anglikanische und andere Kirchen an, die zusammen über 560 Millionen Christen in mehr als 110 Ländern repräsentieren. Christliche Weltgemeinschaften, wie die römisch-katholische Kirche, die Siebenten-Tags-Adventisten und die Heilsarmee (sie trat 1978 aus), gehören dem Rat nicht an, unterhalten aber Arbeitskontakte zu einigen ÖRK-Gremien und nehmen als Berater und Beobachter an seinen Sitzungen und Konferenzen teil.

(3.803 Zeichen)

### **Künftiger ÖRK-Generalsekretär will sich für verfolgte Christen einsetzen**

Genf/Schweiz, 07.09.2009/APD Der designierte Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Olav Fykse Tveit (48), will sich verstärkt für verfolgte Christen in islamischen Ländern einsetzen. „Wir können unsere Stimme erheben, um ihnen zu helfen“, sagte Tveit in einem Pressegespräch nach seiner Wahl in Genf.

Hilfe und Fürsprache für christliche Minderheiten seien eine zentrale Aufgabe für seine im Januar 2010 beginnende Amtszeit, betonte der lutherische Theologe aus Norwegen. Der Zentrallausschuss des ÖRK wählte Tveit am 27. August für fünf Jahre in das höchste Amt des Ökumenischen Rates, der rund 560 Millionen Christen repräsentiert.

„Es gibt allerdings keine einfache Antwort“, sagte Tveit auf die Frage, wie er verfolgte Christen unterstützen wolle. In einer Reihe islamischer Staaten, wie Saudi Arabien, würden Christen an ihrer Religionsausübung offen behindert und diskriminiert. Tveit betonte, er wolle seinen Beitrag dazu leisten, das Verhältnis des Christentums zum Islam insgesamt zu verbessern. Er nannte in diesem Zusammenhang die unter seiner Mitwirkung entstandenen „Leitlinien für interreligiöse Beziehungen“, die im Februar 2009 vom Rat der Norwegischen Kirche für ökumenische und internationale Beziehungen verabschiedet wurden.

Auf die künftigen Beziehungen zwischen dem ÖRK und der römisch-katholischen Kirche angesprochen, betonte Tveit, dass er eine enge Kooperation mit der katholischen Kirche anstrebe. „Ich finde es sehr wichtig, dass wir diese Zusammenarbeit fortsetzen und weiterentwickeln. Der Beitrag der römisch-katholischen Kirche zur theologischen Arbeit, aber auch zu vielen sozialetischen Problemstellungen ist sehr wichtig; sie ist eine weltweite Kirche, und auch der Weltkirchenrat ist eine globale Institution. Wir können deshalb auch viel austauschen und die heutigen Herausforderungen gemeinsam angehen.“

In der lutherisch geprägten Norwegischen Kirche gilt der Skandinavier Tveit als erfahrener Kirchendiplomat mit Organisationstalent. Über ein mögliches Treffen mit Papst Benedikt XVI. meinte der neu gewählte ÖRK-Generalsekretär: „Ich möchte sehr gern mit ihm über unsere gemeinsame Herausforderung sprechen ... und auch über unseren gemeinsamen Glauben. Ich habe ihn gehört und gelesen; er kann zu unserem gemeinsamen christlichen Verständnis sehr viel beitragen. Ich denke, wir haben viel miteinander zu besprechen.“ Es sei allerdings noch zu früh, um über einen Termin zu reden.

Zu seinem Führungsstil sagte Tveit, er wolle so offen wie möglich agieren. Unter seiner Führung sollten die Kirchen des Ökumenischen Rates vertrauensvoll kooperieren. In einer kurzen Dankesrede nach seiner Wahl sagte der designierte Generalsekretär: „Ich bin überzeugt davon, dass Gott mich zu dieser Aufgabe berufen hat. Ich glaube, wir haben eine Menge gemeinsam zu tun.“

Der Norweger folgt dem Kenianer Sam Kobia (62) als Generalsekretär. Tveit setzte sich im ÖRK-Zentralausschuss gegen den 61 Jahre alten Park Seong Won von der reformierten Presbyterianischen Kirche von Korea durch. Der promovierte Theologe ist verheiratet und Vater von drei Kindern. (2.735 Zeichen)

### **Scheidender ÖRK-Generalsekretär widmete sich pastoralen Aufgaben**

Genf/Schweiz, 07.09.2009/APD Kirchen in Not beizustehen und ihnen die Solidarität der weltweiten Ökumene zu bezeugen sei der Schwerpunkt seiner Tätigkeit gewesen, so der scheidende Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Pfarrer Dr. Samuel Kobia, in seinem letzten Bericht vor dem Zentralausschuss des ÖRK in Genf.

Die pastorale Dimension habe im Zentrum seines sechsjährigen Dienstes als Generalsekretär gestanden, erklärte der Kenianer vor den 150 stimmberechtigten Delegierten. Dabei sei er „zutiefst berührt wie auch bereichert“ von den Zeichen der Hoffnung gewesen, die er bei Christen erlebt habe, die sich „inmitten von Leid und Ver-

zweiflung nach Gerechtigkeit und Frieden sehnen“. Ermutigende Zeichen neuer Hoffnung habe er insbesondere bei seinem Besuch in Ruanda erfahren, wo zehn Jahre nach Ende des Genozids Überlebende begonnen hätten, ihren Glauben an die lebenspendende Kraft Gottes wiederzufinden, wenn auch die Spuren von Gewalt noch allgegenwärtig seien.

Eindringlich erinnerte Kobia die Delegierten an die unvorstellbare Not in der Demokratischen Republik Kongo, vor allem in den Gebieten, die von internationaler Hilfe abgeschnitten seien. „Im Kongo sind in den letzten fünf Jahren durch kriegerische Auseinandersetzungen, Hunger und Krankheit 4,3 Millionen Menschen gestorben.“

Im Blick auf die Lage im Nahen Osten übte Kobia scharfe Kritik am fortgesetzten Bau israelischer Siedlungen in den besetzten Palästinensergebieten. „Die Besetzung und die damit einhergehende Demütigung eines ganzen Volkes, die seit mehr als sechs Jahrzehnten anhalten, stellen nicht nur ein wirtschaftliches und politisches Verbrechen dar, sondern sind, wie der Antisemitismus, eine Sünde gegen Gott.“ Der scheidende Generalsekretär rief den Zentrallausschuss mit Nachdruck auf, eine öffentliche Erklärung zu diesem Thema abzugeben.

Unter dem Hinweis auf das Bibelwort im 1. Korinther 13,13 erinnerte Kobia die Vertreter des Zentrallausschusses an die Voraussetzungen zur christlichen Einheit. Die geteilten Kirchen könnten nur wieder eins werden, wenn sie „die lebenspendende Liebe Gottes in der Kraft des Heiligen Geistes annehmen und sie um der Welt willen, die so dringend darauf angewiesen ist, selbst leben“.

Kobia berichtete weiter, dass aufgrund der Finanzkrise einige Mitgliedskirchen ihren Beitrag zum Haushalt des ÖRK reduzieren mussten. Er kündigte an, dass dies nicht ohne Folgen für die laufenden Programme bleiben könne. Die Anzahl der Projekte solle reduziert werden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Genfer Zentrale müssten ihre Arbeit verstärkt abteilungsübergreifend ausrichten. Der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 sehe bereits eine Kürzung von 25 Stellen im Vergleich zum Haushalt 2008 vor.

(2.429 Zeichen)

### **ÖRK bekräftigt Recht auf Kriegsdienstverweigerung**

Genf/Schweiz, 07.09.2009/APD Der Zentrallausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) hat das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen betont. Dieses Recht eröffne jungen Leuten, die aus Gewissensgründen den Militärdienst verweigerten, die Möglichkeit eines Ersatzdienstes. Die Mitgliedskirchen seien aufgerufen, wo immer möglich, das Recht auf die Verweigerung „Waffen zu tragen oder einzusetzen“, zu bekräftigen. Die Kirchen in aller Welt werden ermutigt, das Thema gegenüber Regierungen und Militärorganisationen zur Sprache zu bringen, sich mit verwandten Fragen – etwa der Verwendung von Steuergeldern für Militärausgaben oder mit Alternativen zum Militärdienst – auseinanderzusetzen und für den Frieden zu beten.

In dem Beschluss wird daran erinnert, dass der ÖRK bereits 1973 die Vereinten Nationen nachdrücklich aufgefordert habe, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen „als zulässigen Ausdruck des Rechts auf Gewissensfreiheit“

anzuerkennen und Kriegsdienstverweigerern alternative Möglichkeiten des Dienstes anzubieten.

In den folgenden Jahren sei dieses Recht von internationalen Foren und im Internationalen Pakt der UNO über bürgerliche und politische Rechte anerkannt worden. Die ökumenische Bewegung habe das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen im „Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ (JPIC) bestätigt.

In einem Bericht der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte aus dem Jahr 2006 sei dargelegt worden, dass es in vielen Ländern schwerwiegende Defizite bei der Anerkennung und Ausübung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gebe. Der Bericht sei zu dem Schluss gelangt, dass Kriegsdienstverweigerer oft bestraft, diskriminiert und inhaftiert würden.

Eine Studie des ÖRK zeige, dass Kirchen an vielen Orten mit Problemen der Kriegsdienstverweigerung konfrontiert würden. Die Reaktionen ließen sich in drei Kategorien aufteilen: Die historischen Friedenskirchen ermutigten ihre Mitglieder mit Nachdruck, die Beteiligung an militärischen Aktionen abzulehnen. Sie respektierten aber die freie Entscheidung des Einzelnen. Andere Kirchen seien der Meinung, dass Christen die Wahl hätten, sowohl Zivildienst als auch Wehrdienst zu leisten. Die meisten Kirchen würden zwar keine offizielle Position in der Frage vertreten, es gebe aber auch keine Hinweise dafür, dass sich diese Kirchen gegen Kriegsdienstverweigerung aussprechen.

Daher bestätige der ÖRK-Zentralausschuss die grundsätzliche Haltung des Ökumenischen Rates und bekräftige seine Unterstützung für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus religiösen, moralischen oder ethischen Gründen in Übereinstimmung mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) und anderen völkerrechtlichen Urkunden. Die Kirchen hätten die Pflicht, jene zu unterstützen, „die sich weigern, an der Ausübung von Gewalt teilzunehmen“.

Zugleich rufe der Zentralausschuss die ÖRK-Mitgliedskirchen auf, das Recht auf die Weigerung, Waffen zu tragen oder einzusetzen, zu bekräftigen und Kirchenmitglieder zu ermutigen, ebenfalls für dieses Recht einzutreten. Der ÖRK-Zentralausschuss ermutige die Mitgliedskirchen, ihre Regierungen aufzufordern, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als völkerrechtlich garantiertes Menschenrecht anzuerkennen und zu achten. Außerdem werden die Kirchen aufgerufen, ihre Mitglieder in Situationen, in denen bewaffnete Aktionen als rechtswidrig oder sittenwidrig anzusehen sind, zur Kriegsdienstverweigerung zu ermutigen.

(3.177 Zeichen)

### **Maßnahmen gegen Finanzkrise helfen nur Banken und Unternehmen** **ÖRK-Zentralausschuss-Vorsitzender Altmann: Hauptleidtragende sind die „Ärmsten der Welt“**

Genf/Schweiz, 07.09.2009/APD Deutliche Kritik an den Maßnahmen zur Bewältigung der weltweiten Finanzkrise übte der Vorsitzende des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und Präsident der Evangelischen Kirche Lutherischen Bekenntnisses in Brasilien, Pfarrer Dr. Walter Altmann, zum Auftakt der Tagung des

ÖRK-Zentralausschusses in Genf. Nachdem Finanzspekulationen und die Ideologie eines Wirtschaftsliberalismus die Welt in eine „Finanzkrise katastrophalen Ausmaßes“ gerissen hätten, seien die „Ärmsten der Welt“ die Hauptleidtragenden der Krise.

Altmann kritisierte, dass seitdem 100 Millionen Menschen in die Armut getrieben worden seien und das Hungerproblem sich weltweit erheblich verschärft habe. Gleichzeitig seien außerordentlich große Finanzmittel für die Rettung von Banken und großen Unternehmen zur Verfügung gestellt worden, „die nie dann vorhanden zu sein scheinen oder bereitgestellt werden, wenn es um die Bekämpfung des Hungers in der Welt geht“.

Die Überzeugung, dass Globalisierung und freier Markt weltweiten Wohlstand schaffen könnten, verliere zwar an Boden, so Altmanns Beobachtung, doch er könne keine Anzeichen dafür entdecken, dass das „Ungleichgewicht und Unrecht“ in der Weltwirtschaftsordnung behoben werde. Vielmehr befürchte er ein Comeback des Neoliberalismus nach dem Ende der Rezession.

Der Zentralausschuss ist das wichtigste Entscheidungsorgan des Ökumenischen Rates der Kirchen in der Zeit zwischen den Vollversammlungen und tritt alle 18 Monate zusammen. Dem ÖRK gehören 349 protestantische, orthodoxe, anglikanische und andere Kirchen an, die zusammen über 560 Millionen Christen in mehr als 110 Ländern repräsentieren. (1.594 Zeichen)

### **Zehnte ÖRK-Vollversammlung findet 2013 in Südkorea statt**

Genf/Schweiz, 07.09.2009/APD Die Delegierten des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) haben beschlossen, die 10. Vollversammlung des ÖRK im Jahre 2013 in Busan, der mit vier Millionen Einwohnern zweitgrößten Stadt Südkoreas, durchzuführen. Die Vollversammlung, zu der mehrere tausend Teilnehmer erwartet werden, findet in vier Jahren im Ausstellungs- und Konferenzzentrum BEXCO statt. Dem Zentralausschuss lagen offizielle Einladungen der orthodoxen Kirchen für die nächste Vollversammlung des ÖRK in Damaskus (Syrien), Rhodos (Griechenland) und Addis Abeba (Äthiopien) sowie vom Nationalen Kirchenrat in Korea (NCCK) für Busan vor.

Nach Ansicht des presbyterianischen Pfarrers Dr. Jong-wha Park, Vorsitzender im internationalen Ausschuss des NCCK, biete die ÖRK-Vollversammlung in Busan besondere Chancen für einen verstärkten Dialog mit den evangelikal und pfingstlerisch ausgerichteten Kirchen Koreas. „Es ist uns eine große Freude und Ehre, die Vollversammlung des ÖRK nach Korea einladen zu können“, sagte Park. Er hoffe auch auf einen „spürbaren Beitrag für die friedliche Aussöhnung und Wiedervereinigung“ des geteilten Korea.

Nach der letzten Volkszählung im Jahre 2005 hatte Südkorea 49 Millionen Einwohner. Rund 54 Prozent gehören einer Religionsgemeinschaft an. 22,8 Prozent sind Buddhisten, 18,3 Prozent Protestanten und 10,9 Prozent Katholiken. (1.248 Zeichen)

## Buchrezension

**Wolfgang Kabus (Hrsg.), „Populärmusik und Kirche“, Friedensauer Schriftenreihe, Peter Lang, Frankfurt/Main, 2008, broschürt, 180 Seiten, 39,00 Euro, ISBN 978-3-631-57721-9.**

Popmusik und Kirche, welch aktuelles wie leidiges Thema, das längst zu einem schwerwiegenden Generationenproblem geworden ist. Für ältere Christen mag schon der Auftritt einer Band oder eines Jazzensembles ein Grund sein, Gottesdiensten fernzubleiben, die nur die Orgel, das Harmonium oder das Klavier bei gottesdienstlichen Handlungen gelten lassen. Ebenso sind junge Christen hier geteilter Ansicht, selbst wenn es sich nur um moderne geistliche Stücke handelt.

Der langjährige Musikwissenschaftler und Dozent an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, Professor Wolfgang Kabus, hat zu dem einschlägigen Thema eine Dokumentation von zehn Musikfachleuten und Theologen über 180 Seiten zusammengestellt. Da wird einmal nach dem unterschiedlichen Anspruch zwischen Tradition und Moderne gefragt und gleichzeitig festgestellt, dass Kirchenmusik nicht unbedingt Gemeindemusik sein müsse. Natürlich haben die musikalischen Traditionen der Gemeinde auch architektonische Ursachen, sodass die Frage „welche Musik gehört in welchen Raum?“ rein architektonisch nicht ganz unberechtigt zu sein scheint. Zu dieser Thematik kommt der evangelische Schulmusiker und Komponist Jens Seipolt, Jahrgang 1974, zu Wort, der nach der Definition von Kirchenmusik überhaupt fragt. Lesenswert ist vor allem die Charakterisierung zahlreicher Bach-Kantaten des evangelischen Theologen und Hochschullehrers Dr. Jochen Arnold, der jedoch mit seinen ernsthaften Bemühungen zu Lösung kaum beiträgt.

Der Musikwissenschaftler und evangelische Theologe Dr. Thomas Feist nähert sich schließlich der Ansicht, dass sich Popmusik und Kirche mittlerweile nicht mehr wie Feuer und Wasser verhalten. Ob sie aber auch zueinander passen, schein eher zweifelhaft zu sein. Zu oft würden wegen fast leerer Gemeindekassen Konzerte wie mit den Schwarzmeer-Kosaken in den heiligen Hallen veranstaltet, um mit Gospel und Volksmusik kirchenfernes, aber zahlungskräftiges Publikum anzulocken. Fast scheint es, als ob unsere „geistreichen Orte“, sprich Gotteshäuser, von „sinnlosen Klängen“ geradezu überschwemmt werden.

Die Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Steffi Krapf, Absolventin der Universität Hildesheim, zeigt interessante Aspekte der evangelischen Jugendkirche auf. Jugendkirche sei nach ihrer Meinung der erfolgsträchtige Versuch, die evangelische Kirche in einem gesellschaftlichen Milieu zu etablieren, in dem es allermeist normal oder gar schick sei, nichts mit Kirche und kirchlichem Glauben zu tun zu haben. Es erfüllt mit Freude, missionarisches Engagement bei jenen Jugendlichen zu spüren die als Team ihre Aufgabe darin sehen, kirchenfeindlichen, kirchenfernen, selbst kirchendistanzierten jungen Menschen ihre Zuwendung in allen Bereichen zu schenken, was Jugendmission überhaupt ermöglichen kann. Ob solche seelsorgerliche Betreuung irgendeinen Einfluss auf das nach wie vor ungeklärte Verhältnis zwischen Populärmusik und Kirchen nehmen kann, bleibt ungewiss.

Dr. Wolfgang Tulaszewski